

MITTELOST-EUROPÄISCHES SYNDROM

Ungelöste Gegensätze im Karpatenbecken

Die gegenwärtigen diplomatischen und politischen Beschlusskräfte wissen sehr wenig über die Wurzeln der mittel-, mittelost-europäischen Probleme. Deshalb müssen wir diese Politiker, die diese – aus voller Ignoranz – am liebsten unter den Teppich kehren möchten, aufklären.

Tatsachen:

Nach dem Ersten Weltkrieg haben die Siegermächte die Österreich-Ungarische Monarchie zerteilt. Mit diesem Prozess haben sie, anstatt eine mittelgroße gemischtnationale politische und wirtschaftliche Einheit zu schaffen, fünf kleine, wirtschaftlich und politisch auf schwachen Beinen stehende – nur dem Anschein nach – Nationalstaaten gegründet: Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien. Diese Tatsache führte – gemeinsam mit anderen Faktoren – zu dem Zweiten Weltkrieg, mit tragischen Folgen.

Entsprechend den Plänen der Sowjetunion wurde die nach dem Krieg geschaffene Aufteilung wiederhergestellt und so wurde die wirtschaftliche Lage noch unsicherer und unhaltbarer. Seither zerfielen zwei dieser künstlich geschaffenen Staaten, so dass dadurch noch mehr kleine Staaten entstanden. Jetzt sind es sieben: Österreich, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Rumänien, Kroatien, Slowenien, das verstümmelte Jugoslawien und ein fremdes, neues Mitglied, die Ukraine – in der selben Region.

Die wirklichen Verlierer sind die Ungarn. Im 1920 unterzeichneten Friedensvertrag von Trianon (Paris) hat der ungarische Staat nahezu 4 Millionen Ungarn an die Nachfolgestaaten verloren. Seitdem versuchen diese Staaten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Bevölkerung ungarischer Nationalität zu vernichten: durch Deportation, Zwangsassimilierung, Auswanderung, Landesverweigerung und (unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg) durch physische Vernichtung.

Natürlich kann keine Nation so eine unhaltbare Situation ertragen. Wenn die Siegermächte im Jahr 1920 die Nationalitäten der Bevölkerung vor Augen ihre neuen Grenzen erlassen hätten, wären die Bewegungen in Ungarn, die eine Revision forderten, rasch abgeklungt. Aber nach einem solchen beleidigenden, gewissenlosen, ungerechten Friedensdiktat kann die Pragmatisierung der Grenzen nicht untätig zur Kenntnis genommen werden.

Aus diesem ungesunden Zustand resultierte das sog. Trianon-Syndrom. Alle Völker des Karpatenbeckens leiden darunter – nicht nur die Ungarn.

Unbeirrt dessen, was die Regierung sagt oder tut, das Ungarntum kann diese Situation nicht tolerieren. Auch die Nachfolgestaaten haben eine tödliche Angst vor dem ungarischen Revisionalismus. Sie können einfach nicht glauben, dass die Ungarn bereit wären, die verlorenen, von ihrem eigenen Blut bewohnten Gebiete aufzugeben. Dieses Trianon-Syndrom hat auf Alle schädliche Auswirkungen.

Die ungarische Regierung hofft – auf westliche Eingebung hin – trotz aller sinnvollen Hoffnungen, dass die Grenzen ein paar Jahre nach dem Beitritt zur EU an Bedeutung verlieren. So können die ungarischen Minderheiten der Vernichtung entgehen.

Leider sieht die Realität aber anders aus. Bis auf die Slowakei werden die Nachfolgestaaten in absehbarer Zeit nicht der EU beitreten. So werden die ungarischen Minderheiten innerhalb von 10 bis 20 Jahren vernichtet, vertrieben, durch neue Ansiedler verdrängt oder zu Rumänen, Serben, Ukrainer assimiliert.

Die ungarische Regierung hat, um die Gefahr zu mindern, ein dem internationalen Recht und Rechtsprechung zugrundeliegendes sog. Begünstigungsgesetz verabschiedet – zum Schutz der ungarischen Sprache, Kultur und Religion.

Nun sind diese Staaten – nämlich die Slowakei und Rumänien – darüber empört und sie gehen hart gegen die Durchführung des Gesetzes vor. Es beeinflusst sie dabei keineswegs, dass in den meisten europäischen Staaten im Grunde ähnliche Gesteze in Kraft sind – wie auch bei uns.

Da sie nicht bereit sind diese minimalen Versuche anzunehmen, werden sie vielleicht anderen Lösungen begegnen.

Die Lösung:

1. Wie wir wissen ist die deutsch-polnische und deutsch-russische Grenzlage unantastbar, ähnlich ist diesbezüglich der Standpunkt der UN.
2. Eine Erweiterung der EU in naher Zukunft hat keine Realität.
3. Die einzige Lösung bietet die Autonomie.

Diesbezüglich gibt es mehrere erfolgreiche Beispiele: Südtirol in Italien, die Basken und Katalanen in Spanien, die Aaland-Inseln in Finnland und sogar die Gagausen in der Moldavischen Republik.

Auch Großbritannien hat Schottland eine weitreichende, Wales eine ein wenig kontrolliertere Autonomie erteilt, auf den größten Teil von Irland hat das Königreich bereits in den 30er Jahren verzichtet. Die französische Regierung ist auch unter wachsendem Druck was die korsischen und anderen – lang vergessenen – Minderheiten betrifft.

Warum können die Vereinten Nationen und die Europäische Union – so viele positive Beispiele vor Augen – die um uns liegenden neoimperialistischen Staaten nicht zwingen solchen Beispielen zu folgen?

Wenn sie das versäumen, werden sie für eine große ethnische Säuberung verantwortlich sein – denn diese wird, auf welcher tückischer, feiner listiger Art auch immer, eintreffen.

Tatsache ist, dass wirkliche, zwingbare Selbstverwaltung von den Mächtigen selten ohne Blutvergießen gegeben wurde. Wollen sie wirklich ein anderes Pulverfass in Europa?

Szabolcs Magyaródy

Corvinus Society